

VERENA SCHÄFFER MDL, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
PLATZ DES LANDTAGS 1, 40221 DÜSSELDORF

An den
Vorsitzenden des Innenausschusses
Herrn Daniel Sieveke MdL
- im Hause -

Nachrichtlich: Frau Birgit Hielscher, Ausschussassistentin

Verena Schäffer MdL
Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Innenpolitik und
Strategien gegen Rechtsextremismus

Landtagsbüro
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel: +49 (211) 884 – 4321
Fax: +49 (211) 884 – 3334
Verena.Schaeffer@landtag.nrw.de
www.verena-schaeffer.de

Wahlkreisbüro
Bergerstraße 38
58452 Witten

Düsseldorf, den 28.06.2021

Sondersitzung des Innenausschusses in der 27. Kalenderwoche

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchte ich darum bitten, zu folgendem Tagesordnungspunkt eine Sondersitzung des Innenausschusses in der 27. Kalenderwoche durchzuführen:

Polizeieinsatz bei Demonstration gegen geplantes Versammlungsgesetz der Landesregierung in Düsseldorf am 26. Juni 2021

Am Samstag, den 26. Juni 2021 fand in Düsseldorf eine Demonstration statt, an der ca. 3.000 bis 8.000 Personen teilgenommen haben. Inhaltlich richtete sich die Versammlung gegen den von der Landesregierung in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz in NRW.

Der Aufzug sollte von den Düsseldorfer Rheinwiesen durch die Innenstadt zum Landtag verlaufen. Laut breiter Medienberichterstattung werden verschiedene Vorwürfe gegen den Polizeieinsatz erhoben:

Die Versammlung soll bis ca. 16.00 Uhr störungsfrei verlaufen sein. Am späteren Nachmittag soll der Polizeieinsatz eskaliert sein. Im Demonstrationzug sollen Leuchtfackeln und Rauchtöpfe entfacht worden sein. Die Polizei soll es als Verstoß gegen das Versammlungsverbot

gewertet haben, dass Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer über ihrem Mund-Nasen-Schutz Sonnenbrillen trugen und Transparente zu hoch hielten.

Auf der Höhe der Düsseldorfer Polizeiwache Stadtmitte sollen Beamtinnen und Beamte der Polizei ohne vorherige Androhung auf einen Teil des Demonstrationzugs gestürmt sein. Dabei soll ein Fotograf der Deutschen Presse-Agentur von einem Polizeivollzugsbeamten gestoßen und mit Schlagstockschlägen verletzt worden sein. Auf die Nachfrage, wie der betreffende Polizeibeamte heiße, soll dieser die Nennung seines Namens verweigert haben. Mindestens ein weiterer Journalist soll ebenfalls verletzt worden sein, nachdem er von Polizeibeamten zu Boden gestoßen worden war.

In Medien wird ebenfalls davon berichtet, dass Beamtinnen und Beamte der Polizei ohne vorherige Androhung den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Demonstration Transparente entrissen und gegen sie Schlagstöcke und Pfefferspray eingesetzt haben sollen. Den Angaben der Veranstalterinnen und Veranstalter der Demonstration zu Folge sollen ca. 80 bis 100 Personen von dem Reizgaseinsatz betroffen gewesen und medizinisch versorgt worden sein.

Bei einer Ingewahrsamnahme von ca. 300 Personen auf der Straße sollen diese über einen Zeitraum von mehreren Stunden hinweg bei hohen Temperaturen nicht mit ausreichend Wasser versorgt und Toilettengänge sowie eine Versorgung durch Sanitärerinnen und Sanitäter verwehrt worden sein.

Laut einer Polizeipressesprecherin seien Beamte von hinten geschlagen, getreten und mit Gegenständen beworfen worden. Damit wurde auch der massive Einsatz der Polizei gerechtfertigt.

Da die nächste reguläre Arbeitssitzung des Innenausschusses erst am 2. September 2021 stattfinden wird und es ein hohes Aufklärungsinteresse des Parlamentes und der Öffentlichkeit an dem Polizeieinsatz gibt, ist eine zeitnahe Information des Innenausschusses dringend erforderlich.

Aus dem Grund möchte ich darum bitten, eine Sondersitzung des Innenausschusses in der 27. Kalenderwoche mit Teilnahme des Innenministers durchzuführen, um über den Einsatz und den Einsatzverlauf Bericht zu erstatten.

Mit freundlichen Grüßen



Verena Schäffer MdL